

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 293 und 2996.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.
Fernsprecher: Amt Norden 11007 und 11008.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei halber Zahlung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 Mark, nach außerhalb (Zulassung unter Strafband) 4 Mark. Bestellungen sind bis auf weiteres ausschließlich an die Expedition zu richten. Für die Belegung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einzahlung der Bezugsgebühr erforderlich.

Berliner Organ

Inserate kosten die Nebenspaltsene Millimeterzeile oder deren Raum 30 Pf. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Teuerungszuschlag 30 Prozent. Bei Familienanzeigen und Versammlungsankündigungen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für die Morgen-Ausgabe müssen bis 5 Uhr abends am Tage zuvor, Inserate für die Nachmittagsausgabe bis norm. 11 Uhr bei der Expedition aufgegeben sein.

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 1

Wittwoch, den 27. November 1918

Nummer 22

An die Partei!

Parteigenossen, Parteigenossinnen!

Die Ketten der politischen Unterdrückung sind zerbrochen. Die Fesseln ökonomischer Ausbeutung sind gelockert. Auch sie müssen fallen. Die Arbeiter und Soldaten sind die Werkmeister der Umwälzung. In allen Arbeiter- und Soldatenräten liegt kraft des Rechts der Revolution die politische Gewalt. Die Regierung übt sie aus, weil und solange sie das Vertrauen der Arbeiter- und Soldatenräte hat. Die Organisation der Arbeiter- und Soldatenräte erweitert und befestigt sich. Bezirksräte bilden sich an mandanten Stellen. Bald wird ein Zentralrat für das ganze Deutsche Reich geschaffen werden.

Eine Zusammenfassung aller Kräfte ist erforderlich, damit aus den Ruinen neues Leben blühen kann, damit die deutsche Republik mit sozialistischem Inhalt erfüllt wird.

Die Bourgeoisie ruft mit verdächtigem Gelle, nachdem sie sich von dem ersten Schrecken der Revolution erholt hätte, lanciert launisch nach der sofortigen Einberufung der Konstituante. Am lautesten gebärden sich dabei die alten Vertreter des Scharfmachertums, die wütendsten Feinde der Arbeiterklasse. Die Verräter des Volkswillens berufen sich jetzt mit einem Mal auf das Volk, aber sie wollen nicht den Anstand der Volkmeinung. Eine sofortige Zusammenberufung der Konstituante bedeutet Raub des Wahlrechts für Millionen, die seit Jahren täglich unter den größten Entbehrungen dem Tod ins Auge anschaut haben.

Im das der Dank an die Soldaten, daß über die künftige Gestaltung, über das künftige Schicksal Deutschlands durch eine Wahl entschieden werden soll, von der ein großer Teil der Soldaten ausgeschlossen ist? Von einer konstituierenden Versammlung kann erst die Rede sein, wenn die Bevölkerung der auf Grund des Waffenstillstandes befreiten Gebiete frei und unbeflügelt wählen kann. Oder wird es jemand wagen, diesen das Wahlrecht zu entziehen?

Jeder Politiker weiß, daß die technischen Vorbereitungen einer Wahl schon früher längere Zeit erforderlich sind, jetzt sind überall neue Listen für alle über 20 Jahre alten Frauen und Männer anzulegen. Es darf nicht vorkommen, daß bei einem solch wichtigen Akte infolge Ueberstürzung Wahlberechtignte unregistriert bleiben und ihres Wahlrechtes beraubt werden.

Eine Wahl hat nur dann Wert, wenn die Wähler auch

über die ihr zurunde stehenden politischen Fragen aufgeklärt werden. Millionen von Soldaten sind durch den sogenannten vaterländischen Aufklärungsdiens über die politischen Vorgänge dauernd belogen worden. Sie zu unterrichten, muß Zeit bleiben. Konstituante — ja, sie wird kommen, aber sie kann erst kommen, wenn alle technischen und politischen Voraussetzungen erfüllt sind, wenn in ihr wirklich der Wille des ansehnlichen Volkes angedeutet ist.

Die Scharfmacher im Lande wissen sehr gut, daß die Wahl, wenn sie nicht zur Komödie gemacht werden soll, nicht in kürzester Zeit vorzunehmen werden kann. Sie suchen die sozialistische Regierung zu diskreditieren und scheuen sich nicht, selbst das Ausland aufzuwecken, daß es nicht Frieden gewähren soll, bis die Konstituante zusammentritt. Sie werden in in der Zeit der größten Not Friedensverhinderer.

Mitschuldig an diesem verbrecherischen Tun sind alle, die es stillschweigend oder andärrlich unterließen. Werken die Rechtssozialisten noch immer nicht, daß sie die Geschäfte der Reaktion betreiben, wenn sie in das Geheiß der Arbeiterfeinde einstimmen?

Die Bourgeoisie verfolgt mit ihrem Kampfgeschrei noch einen anderen Zweck. Sie will alle tiefer greifenden sozialen Umgestaltungen aufhalten, indem sie glauben machen will, daß die sozialistische Regierung kein Recht habe, vor Zusammentritt der Konstituante Gesetze zu erlassen, oder gar an die Sozialisierung der Betriebe vorher zu gehen. Die Regierung hat das Recht dazu, weil sich in ihr die entscheidende Macht des souveränen Volkes verkörpert und sie hat die Pflicht dazu, wenn sie die Massen, die die Träger der Revolution sind, nicht im Stich lassen will. Diese Pflicht ist es nunmehr zu erfüllen.

Parteigenossen, Parteigenossinnen! Seid auf dem Wachen! Verbi mit dem größten Eifer neue Anhänger für unsere Partei. Je stärker unsere Partei ist, desto sicherer ist es, daß die Forderungen des Sozialismus verwirklicht werden.

Um die Errungenschaften der Revolution festzuhalten und auszubauen, gibt es kein wirksameres Mittel als die Stärkung unserer Organisation, die

Stärkung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

Während des ganzen Krieges hat unsere Partei die Kriegspolitik bekämpft, ihre Anhänger mit dem Geist des Sozialismus erfüllt.

Ihre geschichtliche Aufgabe ist es, das Proletariat zu sammeln zur Bekämpfung jeder Klassenherrschaft, zur Aufrichtung der sozialistischen Gesellschaft.

Die Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Auslieferung Wilhelms.

London, 25. November. (Reuter.) Der Korrespondent Reuters in Belgien meldet vom 24.: Ich erfahre aus guter Quelle, daß die von der französischen Regierung beauftragten Rechtsjurisprudenz nach einer Untersuchung der Angelegenheit erklärt haben, daß es die Pflicht Hollands sei, die Auslieferung des früheren Deutschen Kaisers zu befehlen, und daß der Kaiser, da er keine offizielle Erklärung über seine Thronabankung abgegeben hat, und da er nicht das Recht hat, als Privatperson betrachtet zu werden, auch keine Ansprüche auf eine Zuflucht in Holland geltend gemacht werden kann. Die Alliierten erwägen ein gemeinsames Vorgehen, bei welchem die Auslieferung des Kaisers gefordert wird.

Reichskonferenz und Nationalversammlung.

Wie W. Z. B. mitteilt, haben sich in der gestrigen Konferenz der deutschen Bundesstaaten folgende Vertreter für die Einberufung der Nationalversammlung außer den Regierungsvorstreitern ausgesprochen: Ulrich-Jessen, Heimann-Württemberg, Crispian-Württemberg, Geib-Baden, Eisner-Bayern (bedingt), Haas-Baden und Gradnauer-Sachsen; dagegen nur Metzsch-Braunkowia und Seitzer-Sobla.

Der Vorschlag, ein Reichspräsidentium zu schaffen, wurde nur zur Kenntnis genommen, eine Abstimmung darüber erfolgte nicht.

Die Reichsversammlung der Räte.

Der Volksrat gibt bekannt, daß die Delegiertenversammlung sämtlicher deutschen A. und S. Räte für den 16. Dezember nach Berlin zusammenberufen ist. Sämtliche anderen Bekanntmachungen, die von örtlichen A. und S. Räten oder von sonstigen Stellen ausgehen, sind irreführend.

Der Volksrat gibt ferner bekannt, daß die von ihm Herrin Etlich erteilte Vollmacht erloschen ist. Er ersucht zugleich, Ur- oder Abschrift sämtlicher Verfügungen Etlich, sowie sonstige diebzugliche Mitteilungen an das Sekretariat des Volksrats zu senden.

Gewaltstamkeiten gegen die Revolution.

In Remscheid wurde der Genosse Braß durch die Militärbehörden verhaftet. Zwischen Arbeitern und Soldaten kam es zu blutigen Zusammenstößen. Die Regierung ist zu energischem Eingreifen entschlossen.

Gegen die Uebergriffe der Militärbehörden muß mit unumschließlicher Strenge eingeschritten werden, wenn nicht die Gegenwehr „an ihr Sand“ scheitern soll.

Ein Skandal.

In der gestrigen Pressekonferenz wurde Mitteilung von einem Protest gemacht, den das Auswärtige Amt an die bayerische Regierung gerichtet hat.

Im „Berl. Vol.-Anz.“ lesen wir darüber das folgende:

Nach Auffassung des Auswärtigen Amtes bedeutet diese Veröffentlichung gerade jetzt, wo von unseren Gegnern auf dem Wege zum Frieden und die größten Schwierigkeiten bereitet werden, einen schweren Schlag. Sie liefert unseren Feinden Waffen gegen das deutsche Volk, das sie zweifellos zu benutzen wissen werden. Die Veröffentlichung steht im Zusammenhang damit, daß der jetzige Vertreter Bayerns in Bern, Professor Jostler, seiner Regierung auf Veranlassung eines Rittelsmannes des französischen Ministerpräsidenten Clemenceau geraten hat, die Attentatschritte aus der Zeit vor dem Kriege zu öffnen, weil ein Verleumdung Deutschlands zu seiner Schuld am Kriege dazu dienen würde, den Frieden schneller herbeizuführen. In Wahrheit kann es Herrn Clemenceau nur darauf angekommen sein, uns ins Unrecht zu setzen. Es ist ein schwerer Irrtum, wenn man glaubt, Herrn Clemenceau und seinen Weg zur Hilfe können zu können nur Leute, die sich von seinem Charakter ein ganz falsches Bild gemacht haben, und zu so verderblichenbringenden Anschuldigungen imstande. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes hat angeordnet, daß die Akten des Auswärtigen Amtes hinsichtlich der dem Kriege vorausgegangenen diplomatischen Aktion von dem neuen Unterstaatssekretär, dem demokratischen Abgeordneten Dr. David, einer Prüfung unterzogen werden.

Wir sind von dem Genossen Kautsky, dem Beigeordneten des Staatssekretärs Zoll, zu der Erklärung ermächtigt, daß ihm weder von diesem Protest selbst noch von seiner Bekanntgabe in der Pressekonferenz vorher das geringste bekannt geworden ist. Er hat von diesem politisch eminent wichtigen Schritt auch erst durch die gestrigen Abendblätter erfahren.

Kautsky teilt uns weiter mit, daß er ebenso durch die am Sonntag veröffentlichte Note Zolls an Lansing völlig überrascht worden sei. (Ebenso wie die meisten oder alle Volksbeauftragten. Die Red.)

Diese tödlichen Illustrationen portrefflich das was wir gestern über das Auswärtige Amt gelobt haben. Die Zustände dort sind freier nach dementsprechendsten Eingreifen der Spitze der Reichsregierung.

Kautsky ist dem bürgerlichen Herrn Zoll als beigeordneter Staatssekretär von der Sozialdemokratie an die Seite gestellt worden. Er hat das Recht, in allen wichtigen Dingen um seine Meinung gestraft zu werden. Herr Zoll und seine Organe behandeln ihn einfach als Luft. Sie treiben Politik auf eigene Rechnung und kümmern sich den Teufel um den Willen des Rats der Volksbeauftragten und des Volksrats der Arbeiter und Soldaten.

Das sind schlechterdings unmögliche und unerträgliche Verhältnisse.

Was den tatsächlichen Inhalt des Protestes angeht, so dürfen wir feststellen, daß Kautsky den Standpunkt, den die Erklärung des Auswärtigen Amtes einnimmt, nicht teilt.

Er hat im Geenteil die Veröffentlichung der Berichte des Grafen Verchenfeld mit Benutzung begrüßt und ist seinerseits bei der Arbeit, ähnliche Publikationen über die Vorgeschichte des Krieges vorzubereiten.

Diese Auffassung ist für einen Sozialisten ganz selbstverständlich und alle Bedenken, die der nicht legitimierte Vertreter des Ministeriums des Auswärtigen über die Enthüllung vorgebracht hat, sind gänzlich unhaltbar und stehen in direktem Widerspruch mit den Ideen, auf die sich die neue Regierung gründet.

Herrn Clemenceau dem man — mit welchem Recht sei dahingestellt — die Initiative bei der bayerischen Veröffentlichung zuschreibt, komme es, so wird gesagt, nur darauf an, „um uns ins Unrecht zu setzen“.

Dieser eine Satz bricht Bände. Er beweist, daß an Zoll und seinen Mitarbeitern die Forderungen und Umwälzungen, die sich vollzogen haben, spurlos vorübergegangen sind.

Wie können wir ins Unrecht gesetzt werden? Diskreditiert sind die Träger des alten Systems. Aber die Existenzberechtigung der neuen Regierung beruht doch auf dem Willen, etwas von Grund auf Neues zu schaffen.

Die, die jetzt an der Macht sind, können sich doch nicht als Fortsetzer einer Politik betrachten, die das deutsche Volk in ein so unumkehrliches Unglück gestürzt hat. Sie sind ihre

Feinde und müssen ihre erbittertesten Feinde sein, wenn die Revolution nicht eine Fatale war.

Sie dürfen nicht nur ruhig zusehen, wenn das Regime, das uns in den Krieg geführt hat, uns Unrecht geschieht wird. Sie müssen selber alles tun, um es an den Franzosen zu stellen!

Inland und Ausland sollen jeden Tag aufs neue erfahren, daß sich in Deutschland eine wirkliche Revolution vollzogen hat, und daß der Sinn der Novembertage sich nicht in der Vereinfachung Wilhelms II. erschöpft.

Was das Auswärtige Amt von den Beziehungen des bayerischen Ministerpräsidenten und des bayerischen Gesandten in Venedig zu Clemenceau zu erzählen weiß, sind allem Anschein nach Vermutungen, die man ausschließlich fürs Aussen zu dem Zweck, den bayerischen Ministerpräsidenten als Agenten der französischen Regierung zu verächtlichen.

Wir stehen aber offen, daß wir die Publikation der Berichte auch dann für gut halten würden, wenn sich die Behauptung, sie seien auf eine Anreue Clemenceaus zurückzuführen, als wahr herausstellte.

Und man nun die Annahme, die Entente werde uns noch dem Eingekerkertnis, daß die Regierung des Herrn v. Bethmann die Schuld trage, ärmlichere Redemanschen gewähren, richtig oder falsch sein — sicher ist, daß die Bemerkungen, die das Auswärtige Amt über den Charakter des französischen Ministerpräsidenten macht, nicht dazu beitragen, Deutschland zu einem besseren Frieden zu verhelfen.

Der Eindruck ist unabweisbar, daß Herr Soli und seine Untergebenen darauf hinarbeiten, die deutsche Regierung vor der Öffentlichkeit zu diskreditieren. Man will auf alle Weise den Eindruck erwecken, als ob sie uns nicht zu einem erträglichen Frieden führen könne und hält sich für eine konterrevolutionäre Bewegung in Bereitschaft.

Diesem Treiben muß unverzüglich ein Ende gemacht werden.

Hier handelt es sich nicht um Kompetenzfragen, hier handelt es sich einfach darum, daß die Organe des Auswärtigen Amtes Falsch und Willen der sozialistischen Republik verfälschen.

Wir verlangen von der Reichsleitung eine klare und unzweideutige Stellungnahme. Erfolgt sie nicht, schreitet sie am Widerstand der Mehrheitssozialisten, über das halten wir für unmöglich.

Eisners Rede im Volkshausrat.

Wir haben bereits über die Rede, die Herr Kurt Eisner im Volkshausrat hielt, kurz berichtet. Wir geben hier die interessantesten Ausführungen ausführlich wieder.

Weshalb ich in diesem Kreise erschienen bin, das hat zweierlei Gründe. Einmal wünsche ich, daß die unmittelbaren Vertreter Arbeiter- und Soldatenräte sich einig sind über das, was sie für die kommende Entwicklung zu leisten haben, zweitens wünsche ich, daß die Zusammenarbeit der Arbeiter- und Soldatenräte — und wir haben in Süddeutschland auch noch die Bauernräte — möglichst glatt und ungefährlich vor sich gehen.

Sie wissen, daß wir in München mit der Revolution vorangehen sind. Die Revolution ist bei uns entstanden im Kampf mit den Mehrheitssozialisten. Es war geplant, einen friedlichen Übergang von der Herrschaft nach dem Friedensengel zu unternehmen. Schön wie beim Theaterstück war alles vorbereitet. Trotzdem wir in der großen Kinderzeit waren, gelang es uns, die Hunderttausende nach einem vorbereiteten Plan mitzureißen. Wir sind im Zuge durch die ganze Stadt marschiert, haben die Kasernen und Gefängnisse gesäubert, die Munition uns angeeignet und den ersten revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat gebildet. Das Merkwürdige und Entscheidende für uns war, daß wir auch revolutionäre Bauern haben. Mit dem am ersten Abend gebildeten Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat sind wir dann in den Landtag gegangen, der mit Maschinenwehren umstellt wurde. Dieser Landtag war dann auch gleich die provisorische Nationalversammlung. Als die Abgeordneten kamen, fanden sie keinen Platz mehr.

Wir haben sofort angefangen zu arbeiten, obwohl wir vorher nur eine kleine Minderheit waren, vielleicht 400 Personen. Wir haben dazu — sagt doch die am ersten Revolutionstage Gewählten bis zur Herbeiführung einer künftigen Nationalversammlung dauernd in den A., S. und B.-Räten sitzen bleiben. So sind wir jetzt auf dem Wege, die Demokratisierung für das Münchener Volk ganz korrekt durchzuführen.

Wenn wir gar keine weiteren Wünsche hätten, als möglichst schnell wieder zu dem Parlamentarismus zurückzukehren, den wir noch gesehen hatten, dann brauchten wir nicht die Revolution. Die Revolution ist keine Demokratie. Sie will sie erst schaffen. Arbeiter- und Soldatenräte müssen überall die Grundlage der neuen Entwicklung bilden und die Nationalversammlung kann und darf erst dann einberufen werden, wenn die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte sich so sehr einig sind, daß alles von dem neuen Geiste erfüllt ist, dann darf vielleicht an die Nationalversammlung gedacht werden, sie wird dann auch schon überflüssig sein, weil wir, die A., S. und B.-Räte schon die Nationalversammlung sind. Die Arbeiterräte sind besetzt, die Bezirks- und Lokalparlamente zu bilden. Sie würden so viel zu tun haben, daß sie gar nicht Gefahr laufen, ein bürgerliches Parlament zu wählen. In diesem Augenblick werden die Arbeiterräte anfangen, das zu sein, was sie sein wollen. In der Arbeit bildet sich ihre schöpferische Macht. Wir hören jetzt sehr viel von den Volkshäusern. Ich bin kein Feind. Meine Überzeugung ist dagegen, Erstens liebe ich die Methode des Volkshausens nicht. Ich glaube an den Geist und die Macht der Ideen. Bei uns ist kein Tropfen Blut geflossen. Wir haben sofort die Macht an uns gerissen aber im menschlichen Geiste gearbeitet. Darum wünsche ich, daß die Vertreter des neuen Geistes dahin streben, daß sie mit der Menschlichkeit vorwärts kommen. Das trennt mich praktisch von den Methoden des Volkshausens; theoretisch trennt mich eine Zweckmäßigkeitsfrage. Daß die Produktion in den Besitz der Gesamtheit überführt werden muß, darüber ist kein Zweifel. Ich halte es aber nicht für ganz richtig, daß die Überführung der Produktionsmittel in die Gesamtheit erfolgen müsse, wenn die bürgerliche Gesellschaft die Gewalt verliert. Sollen wir die Produktion übernehmen, wo sie beinahe an dem Abgrund steht? Im Moment hat das keinen Zweck, da unsere wirtschaftliche Kraft erschöpft ist. Die gesamte kapitalistische Gesellschaft bricht zusammen. Solange dieser Zusammenbruch bevorsteht, hat es keinen Zweck, die Sozialisten voranzutreiben. Die Diskussionen hier in Berlin sind noch meiner Überzeugung ganz gegenwärtig. Wir müssen versuchen, über die nächsten Monate hinwegzukommen. Wir müssen den Frieden erzwingen und wir müssen die Revolution sichern.

Die Sicherung der Revolution geschieht nur durch Festigung und Demokratisierung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte. Wenn es zutrifft, daß man von Berlin diktiert wird, dann wären die separatistischen Bestrebungen verwerflich. Ich bin ein Gegner der separatistischen Bestrebungen.

Eisner forderte hierauf energischen Kampf gegen die Vertreter des alten Systems. Es geht nicht an, daß ein Mann wie Dr. David, der das Stuttgarter Manifest verfaßt hat, der die Interessen des deutschen Volkes bis aufs Blut verletzt hat, im Auswärtigen Amt sitzt.

Es ist bei allen Vorfällen der Eindruck zu vermeiden, als wenn von Berlin alles Licht und Heil käme. Bei dem demokratischen Geist soll die Mitarbeit aller gefördert sein. Das wird die neue Demokratie sein, die die sozialistische Gesellschaft herbeiführen wird. Die Entente schreit nicht nach der Nationalversammlung. Fernstein hat heute in der Reichskasse die Rede von Wilson verlesen, in der sein Wort von der Nationalversammlung steht.

Eisner führte dann aus, daß nur eine revolutionäre Regierung, hinter der das ganze Volk steht, imstande sein wird, Frieden zu schließen. Die radikale Regierung ist jetzt die bayerische. Die Massen haben das Vertrauen zur Regierung, was hier bei ihnen ist. Das sind die Gründe, weshalb wir noch keinen Frieden haben. Eine neue Regierung kann nur das Vertrauen hinein sich haben, wenn die einzelnen Minister rein dastehen. Haben wir eine rein dastehende Regierung und ordentliche Verhältnisse im Lande, dann, aber auch nur dann, wäre ich bereit, nochmals zur Nationalversammlung aufzurufen.

Eine Erklärung.

Die Stellung Eisners zur Nationalversammlung wird in folgender Aufschrift an den „Berl. Tagebl.“ genauer umschrieben:

„In Ihrem Bericht vom 26. November (Abendblatt) über die Konferenz der Vertreter der deutschen Republiken wird behauptet, daß ich die sofortige Einberufung einer Nationalversammlung gefordert hätte. Das ist nicht richtig. Auch ich halte die Einberufung der Nationalversammlung zwar für unerlässlich, aber ihre Voraussetzung ist die Rückkehr der Soldaten und die Wiederherstellung fester Wohnsitz- und Arbeitsverhältnisse. Weiter muß den revolutionären Regierungen im Reich wie den Einzelstaaten, so sehr sie auch überzeugt sind, daß sie schon jetzt die Massen hinter sich haben, Zeit gelassen werden, die Verhältnisse auch innerlich von den forumpierenden Wirkungen des alten Systems loszulösen und für den neuen Geist zu gewinnen. Es ist kein Zweifel, daß Kimmursmäßig jetzt die große Mehrheit des deutschen Volkes für die Männer der Republik eintritt. Aber einer wahrhaften Demokratie muß daran liegen, daß diese Parteinahme aus klarer Einsicht und gerechtem Überzeugungs erfolgt.“

Kurt Eisner.

Von den Waffenstillstandsverhandlungen.

Spaa, 25. November. In der heutigen Sitzung erklärte der französische Vorsitzende daß für die Berechnung der Räumungsfrist nach Tag und Stunde der Unterzeichnung des Vertrages der 11. November, 6 Uhr vormittags, deutscher Zeit gilt. Es wurde ferner ein Antrag von dem französischen Vorsitzenden gestellt, während der Beilegung des linksrheinischen Gebietes und der Brückenköpfe zur Regelung gewisser militärischer Fragen als Verbindungs-offiziere den örtlichen deutschen Verwaltungsbehörden, jedem der drei großen Brückenköpfe und für die bayerische Pfalz je einen Generalstabsoffizier anzuschließen. Die Antwort auf den Antrag ist noch nicht gegeben worden.

Eine andere Meldung besagt:

Spaa, 24. November. Heute ist General Kubant folgende Note überreicht worden: Bei der Besetzung Elsaß-Lothringens durch die Alliierten ist der Verkehr zwischen diesen Gebieten und dem übrigen Deutschland gänzlich unterbrochen. Die Unterbrechung erstreckt sich nicht nur auf den Personen- und Güterverkehr, sondern auch auf den Telephon-, Telegramm- und Postverkehr. Hierdurch ist auch der Postverkehr zwischen Elsaß-Lothringen und dem übrigen Deutschland zum Stillstand gekommen. Dadurch werden Folgen hervorgerufen, die das Wirtschaftsleben in den elsass-lothringischen Gebieten auf das schwerste bedrohen. Die Lohnarbeiter können an vielen Stellen nicht rechtzeitig bezahlt werden. Ferner gehen die Gelder für ausgeführte Lieferungen nicht an die Empfangsberechtigten ein. Seit drei Tagen sind ähnliche Zustände auch in den besetzten linksrheinischen Gebieten eingetreten, z. B. in Saarbrücken. Es wird gebeten, diese unhaltbaren Zustände, namentlich auch im Interesse der linksrheinischen Arbeiterschaft, die in erster Stelle hiervon betroffen wird, sofort abzuhelfen.

reg.: v. Sanitz.

Endlich berichtet die deutsche Kommission in Spaa, daß ein von ihr gestellter Antrag angenommen wurde, der die Entsendung von Delegierten Frankreichs, Englands und Amerikas nach Berlin bezweckt, damit hier Besprechungen über einen möglichst beschleunigten Austausch der Kriegsgefangenen gepflogen werden können.

Beauftragt wurde von deutscher Seite auch die Erlaubnis zum Abtransport einer Division deutscher Truppen aus der Krim auf dem Seewege, weil der Landtransport zu schwierig ist, als daß er innerhalb der vorgegebenen Frist ausgeführt werden könnte. Die Antwort der Entente-Vertreter steht noch aus.

Der englische Vertreter in Spaa überreichte eine sehr sorgfältig gefasste Erklärung seiner Regierung, wonach diese keinerlei Entschuldigung für die traurige Lage der britischen Kriegsgefangenen in Deutschland anzunehmen gedenke, insbesondere könne sie auch nicht die Verletzung auf die inneren Schwächen Deutschlands als eine solche Entschuldigung gelten lassen. Die verantwortlichen Personen würden zur Rechenschaft gezogen und die Bedingungen des Waffenstillstandes eventuell mit Gewalt durchgesetzt werden.

Die französischen Sozialisten und die Revolution.

Die „Humanité“ schreibt in ihrem Leitartikel vom 17. November:

„Schon scheint ein vorläufiges Resultat erreicht: Ueber die Totenkammer des Krieges ist der heiße Atem des internationalen Sozialismus hinweggegangen, dem sich die hohen menschlichen Gedanken des Präsidenten Wilson angeschlossen haben. Der demokratische Windstoß hat die Throne gestürzt und die Zeichen der absoluten Gewalt zertrümmert. Die Völker nehmen ihre Geschichte selbst in die Hand. Sie bemächtigen sich der politischen Macht, um sich selbst zu regieren.“

Aber die politische Republik ist nur der Anfang der wahren Republik. Damit sie vollständig sei, muß sie sich auch auf die wirtschaftliche Welt erstrecken. Die Sozialisierung der Produktionsmittel und des Austauschs ist die normale und notwendige Ergänzung der Ausübung der politischen Macht durch die Gemeinschaft.

Wenn man erwarten kann, Deutschland sich weitgehende Freiheiten gibt und den besten Vertretern des Volkes die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten überläßt, so wird es eine große Demokratie sein. Eine sozialistische Republik wird es nur sein, wenn es die Hand auf das ökonomische Räderwerk legt und die kapitalistischen Monopole in soziales Eigentum verwandelt.

Angefaßt der deutschen Revolution ist die Pflicht der Sozialisten genau vorgezeichnet. Sie müssen ihre ganze Macht aufwenden, damit unsere Regierungen in keiner Weise das Wort der politischen und ökonomischen Erneuerung führen, das jenseits des Rheins vor sich geht.

Die Hege gegen die sozialistische Regierung

Wozu geht endlich der „Vorwärts“, welches Spiel er mit der Unterstützung der Bonifamerei gespielt hat? Die ganze reaktionäre Meute ist los. Unablässig wird der Bevölkerung erzählt, daß die Katastrophe bevorstehe, daß Deutschland alsbald erliegen und verhungern müsse, daß der Verkehr stillstehe, alles Leben erstarben werde. Dann werden die deutschen Soldaten als Ruder kommen, der Terror herrschen und der Bürgerkrieg. So stand's jetzt täglich in „Germania“, „Deutsche Tagesztg.“, „Tag. Rundschau“ und wie sie alle heißen.

Und schon kommt die Nutzverwendung. Die „Germania“ giebt sie so:

Es bedarf wirklich einer starken Hand, die mit Energie die Arbeiter zu der Erkenntnis bringt, daß das jetzige Durcheinander aufhören muß und Ordnung und Arbeit einzuhalten hat, um uns vor dem schlimmsten Zusammenbruch zu bewahren. Die Reichsregierung kennt die Zustände genau, aber sie ist unfähig zu handeln, weil sie zur Hälfte in aus Unabwägigen bezieht, die von einem energischen Eingreifen den Verlust des Vertrauens ihrer Anhänger und damit ihrer Existenz befürchten. Und bei der Schwachheit zu bleiben, ist ihre erste Sorge. Nur ein Sturm der Empörung, der das ganze Reich erfaßt, kann dieser Wirtschaft ein Ende machen.

Und sie warten angeblich auf den Sturm, der ja nicht nur die Unabhängigen, sondern auch die andern wegblasen würde.

Wo aber die „starke Hand“ suchen? Nun, die „Deutsche Zeitung“ hat sie schon gefunden. Sie fordert die Einsetzung eines provisorischen Präsidenten, der — die Deutsche ist schon — die Ertragslosigkeit rücklos anerkennt, aber die Diktatur ausübt bis nun, natürlich nur bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung. Das ganze deutsche Volk wäre geneigt, so sagt die „Deutsche Zeitung“, sich diesem Manne anzuvertrauen. Und wer ist dieser Mann? Ist es Ebert, ist es Scheidemann, wie der „Vorwärts“ wohl erwartet? Es ist — Hindenburg!

Der ewige Dank, man muß das wörtlich lesen, „des deutschen Vaterlandes“ würde die Soldatenräte beileiten, wenn sie zu dieser Tat der Selbstüberwindung, aber auch der Selbsterrettung die Hand reichen würden und unerschrocken dem großen Mann an die Stelle setzen würden, damit er von neuem wird, was er bisher schon immer gewesen, der Retter des Vaterlandes!

So geschrieben in Berlin, ein paar Tage nach der Revolution!

Wir haben keine Lust, zu polemisieren, daran zu erinnern, daß Hindenburg im Verein und in gleicher Verantwortung mit Ludendorff der Verderber Deutschlands gewesen ist, daß diese beiden den Krieg so lange fortgesetzt haben, bis es zu spät war, zu spät, auch nur erträgliche Waffenstillstandsbedingungen zu erhalten.

Aber wir finden, die Herren stützen zu früh ihre Maske. Sie sind zu übermütig. Und das ist nicht in Ordnung. Denn es beweist, daß die Revolution die Träger der alten Ordnung zu schonend angeht hat. Aber wir denken, daß Herren könnte geholfen werden!

Immer neue Kühnheiten der Revolutionsgegner.

Wieder wird der Anruf eines Generals bekannt, der von militärischer Annäherung Kunde ablegt. Generaloberst v. Boehm erließ eine Proklamation an die Rheinprovinz und Westfalen, in der es heißt:

Die 7. Armee ist in die Rheinprovinz und in Oesterreich eingedrungen. Ich übernehme vom 21. November ab im Voramtsgebiet der 7. Armee die militärische Kommandogewalt. Die Dienststellen der Armee sind auf Befehl der Obersten Heeresleitung angewiesen, nur mit dem militärischen Kommandobehörden und den Behörden der Zivilverwaltung zu behandeln. Nach Erlaß der Regierung und der Obersten Heeresleitung steht den Arbeitern und Soldaten keinerlei Eingriff in die Kommandogewalt zu, die allein in den Händen der militärischen Kommandostellen liegt.

Auch Militärs von geringerem Range scheinen den Gehörgang zu besitzen, gegen die Revolution zu demonstrieren und eine gegenrevolutionäre Bewegung anzupflücken. Aus Kassel wird gemeldet:

Verließ vor einigen Tagen hatte ein Offizier mit zwei Unteroffizieren eine der vom Triumphbogen vor dem Bahnhof wehenden roten Fahnen heraldischen berührt. Gerade früh 11 Uhr erschienen Leutnant Krüger, der Mitmeister Kosslo und ein dritter Offizier, dessen Name nicht feststellen werden konnte, und rissen beide roten Fahnen heraus, um sie zu zerschneiden. Auf die von dem Posten alarmierte Wachmannschaft schloß Leutnant Krüger mit einem Gewehr und wurde darauf von der Wache tödlich verletzt. Der Mitmeister wurde gestellt und abgeführt, der dritte Offizier ebenfalls. Der Postenarbeiter und Soldaten trat in einem Aufschub vor Verleibung der roten Fahne, die unvorsichtlich gehandelt werden müßten, und verweist auf das Beispiel der Sozialdemokratie die trotz ihrer Ansichten die schwarz-weiße und schwarz-weiß-rote Fahne unbeanstandet lasse.

In gleichem Maße wächst die Unverschämtheit in der Bekundung revolutionärsgegnlicher Gelinnung in der reaktionären Presse. Die „Deutsche Zeitung“ hat die Stirn, von dem Genossen Eisner als dem „jüdisch-galiläischen bayerischen sogenannten Ministerpräsidenten“ zu sprechen. Das ist eine Sprache, die man Tage nach der Revolution, die an Unmöglichkeit

Kann noch zu überbieten scheint. Als Ziel proklamiert dieses alldeutsche Organ dann eine Diktatur Hindenburgs. Arbeiter, seid auf der Hut!

Sitzung des Volkzugrates.

Die gestrige Sitzung des Volkzugrates wurde vormittags 11 Uhr mit der Besprechung interner Angelegenheiten eröffnet. Des weiteren werden die konterrevolutionären Pläne gewisser militärischer Stellen zur Sprache gebracht. Der Volkzugrat ist sich darüber einig, daß gegen diese reaktionären Umtriebe unterdrückliche Gegenmaßnahmen im Verein mit der Regierung ergreifen werden müssen. Anschließend wird die Zusammenlegung bestimmter Soldatenräte, in denen feudale Offiziere die Führung haben, erörtert; dieser Tendenz sei die größte Aufmerksamkeit zu widmen und ihr entgegenzuwirken.

In längerer Aussprache beschäftigt sich der Volkzugrat mit der Notwendigkeit und den Methoden der politischen Propaganda, vor allen bei den zurückkehrenden Truppenmassen.

Es wird die Verteilung entsprechender Flugblätter beschlossen. Ein Beschlus wendet sich gegen die Vereinigten Arbeiter- und Soldatenräte Potsdams, die in einer irreführenden Rundgebung an die A- und S-Räte zur Besichtigung einer Reichskonferenz für den 3. Dezember im Reichslagegebäude aufgefordert haben. Der Volkzugrat der A- und S-Räte Groß-Berlins hat für den 16. Dezember bereits zu einer Delegiertenversammlung eingeladen.

Eine weitere Entschliessung wendet sich gegen die Schmach der Revolution, die bei dem Rückmarsch der Armeen in Ost und West plündern. Die A- und S-Räte sollen durch Druck aufgefodert werden, die schärfsten Maßnahmen gegen die unehelichen Heeresangehörigen und die Diebsteher zu ergreifen. Nach mehrstündiger Pause tritt Weiterberatung um 5 Uhr ein.

Ein Mitglied des Kleiner Soldatenrates nimmt als Gast an der Sitzung teil und berichtet über den Verlauf der Revolution in Kiel.

Nach Eröffnung einer sehr wichtigen internen Angelegenheit wird der Wahlschlüssel zu der Delegiertenversammlung vom 16. Dezember beraten und angenommen. Es wird alsdann in Anschluss an die Veröffentlichung des Auswärtigen Amtes betr. Clemenceaus beschloffen, hierzu Stellung zu nehmen und zwar in der heutigen Sitzung, die auf 3/4 Uhr anberaumt ist.

Das Mitglied des Volkzugrates Walz ist ausgeschieden. Die ihm vom Volkzugrat erteilte Vollmacht, insbesondere die auf Gegenzeichnung der Erlasse des Kriegsministeriums ist erloschen.

„Wiederherstellung der Ordnung“.

Ein bemerkenswertes Pronunciamento erläßt die „Kreuzzeitung“ an leitender Stelle. Nachdem sie ein im Annapolapark gehaltenes Bild der innerpolitischen Lage Deutschlands geschildert, stellt sie die Frage: „Was tun?“

„Es gibt nur eins, Wiederherstellung der Ordnung und Rückkehr zur regemäßigen Arbeit. Jeder an seinem Platz. Die Staatsmaschine und die Privatwirtschaft muß in Betrieb gehalten werden. Leute von Energie müssen die Schwachen mitreißen und wieder zurückführen aus den Träumen der Revolution auf den Boden des praktischen Lebens.“

Die „Leute von Energie“ haben es sehr eilig. Sie hoffen schon jetzt, die Räder an sich reißen zu können. Die Arbeiter und Soldaten müssen auf der Hut sein, um den Tirpitz- und Ludendorff-Deuten das Spiel zu vereiteln.

Ein deutscher Patriot.

Nach Zeitungsmeldungen kam es in München-Grabhain in einer Zentrumerversammlung zwischen Zentrumsmännern und Unabhängigen Sozialdemokraten zu heftigen Auftritten, so daß Sicherheitsmannschaften des A- und S-Rates sich zum Eingreifen veranlaßt haben und die Versammlung aufgelöst wurde. Am Verlauf der Versammlung erklärte der Führer des christlichen Volksvereins, Herr Dr. Meffert: „Wir haben allen Grund, die Franzosen als Schächer der Ordnung freudig abzubearbeiten.“

Herr Dr. Meffert war inmitten einer der teutlichsten Männer, ein glühender Patriot, und sah in jedem, der nicht in die Kriegstrompete stieß, einen Vaterlandsverräter. Jetzt hat er den irdischen Bund, daß die Franzosen sein Vaterland befehen. Warum? Es geht um den Geldbeutel. Der aber ist ein noch heiligeres Gut als das Vaterland.

Die gekränkten Offiziere.

Die „Tägliche Rundschau“ veröffentlicht einen Protest gegen Kapitän Bezzius, der von einem Vizeadmiral, einem Kommodore, zwei Kapitänen und zwei Korvettenkapitänen und zwei Kapitänleutnants, alle hübsch nach der Rangliste geordnet, unterzeichnet ist. Die Herren legen gegen die von uns gezeigten wiedererhaltenen Anklagen des Kapitäns Bezzius entschieden Verwahrung ein und erklären, sie wüßten sich darin ein mit den Kameraden des aktiven Seoffizierskorps.

Es wird niemand in Erfahrung versetzen, daß die Herren Offiziere gegen die Aufhebung der Wehrpflicht und Korruption im Militärkorps entschieden Verwahrung einlegen. Wann hätten sie die Waise so ruhig hingenommen, daß ihrer Herrschaft Jagd angelegt werden?

Bethmann will sich rechtfertigen?

Nach einer Mitteilung der „Kreuzzeitung“ beabsichtigt der frühere Reichsminister Herr von Bethmann Hollweg eine Rechtfertigung seiner Politik zu schreiben. Nach dem genannten Blatte waren Bethmann Hollweg und der frühere Staatssekretär v. Jagow am 2. November im Reichslagegebäude und beschäftigten sich mit der Situation des Vaterlands.

Hoffentlich sind nach diesem Besuch der Herren Jagow und Bethmann Hollweg die Akten der Reichslage auch noch in alter Vollständigkeit zur Stelle.

Neue Männer ins Auswärtige Amt!

Der Bund „Neues Vaterland“ richtete an den Rat der Volksbeauftragten, zu Händen des Genossen Haase ein Telegramm folgenden Inhalts: „In Interesse der hegreichen Fortführung der Revolution, wie im Interesse der Verwirklichung eines gerechten Friedens, erachtet es der Bund „Neues Vaterland“ für dringend geboten, daß die Männer, die die alte Regierung unterdrückten, wie Scheidemann, David, Dr. Geis, Erzberger, ferner Kriegsgerichtsrat Wolff, Ulrich Haussner usw. im neuen Deutschen Reich nicht mehr mitarbeiten dürfen.“

wendig, daß man Männer wie Prof. Walter Schädling, Sothar Schädling, Prof. Bonn, Rüst Alexander Hübenlohe, Kaiserhertz von Bießen, Dr. Mühlion, Dr. Richard Seeling zur Mitarbeit heranzieht.“ Eine zweite Rundgebung des Bundes „Neues Vaterland“ nimmt entschieden Stellung gegen die Erklärung des Auswärtigen Amtes vom 26. November.

Minister, die nichts wußten.

München, 26. November. Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Im Ministerrat des Volksstaates Bayern lag heute folgende mündliche Erklärung der Herren Staatsminister v. Thielmann, von Preunig und von Knilling vor: Wir erklären hiermit, daß wir von dem gestern durch die Presse bekannt gegebenen Bericht des bayerischen Gesandten in Berlin und den darin behandelten Tatsachen bisher weder amtlich noch privat die geringste Kenntnis erhalten oder hatten. Dieser Erklärung der drei Herren hat sich auch der frühere Verkehrsminister von Seidlein angeschlossen.

Zwei Divisionen gegen die Revolution.

Der in Ulm verhaftete und in München wieder freigelassene General Krafft v. Dellmensingen war, nach einer Meldung der „A. S. A.“, vor 14 Tagen in Ulm abgestiegen und hatte von der Obersten Heeresleitung zwei Divisionen, aber keine Freuen“ erbeiten, um die Revolution in München wieder rückgängig zu machen. Dieses Telegramm wurde infolge des inzwischen in Württemberg eingetretenen Umsturzes aufgefangen und der Abfeder verhaftet.

Auf der Wacht der Revolution.

Wilmshaven, 26. November. Vom Arbeiter- und Soldatenrat wird ein Freiwilligenkorps von etwa 1500 Mann zusammengestellt. Es wird aus Mannschaften gebildet, die bereit sind, bis zur Verwindung der Revolution während des Ueberganges in den sozialistischen Staat den Sicherheits- und Wachtdienst zu übernehmen.

Entwaffnung der Armee Madajen.

Budapest, 26. November. In einer an die ungarische Regierung gelangten Depesche Clemenceaus verlangt die französische Regierung die Entwaffnung der sich noch in Ungarn befindlichen Teile der Armee Madajen und ihre Internierung. Die ungarische Regierung hat im Sinne des an der Westfront abgeschlossenen Waffenstillstandes, der den Rückzug der deutschen Truppen hinter eine genau anzugebende Linie fordert, und nicht nach dem mit General Franchet d'Espèray früher abgeschlossenen Vertrage gehandelt, der bezüglich der deutschen Truppen die jetzt von Paris geforderte Verfügung enthält. Zur Klärung der Angelegenheit hat sich der deutsche Oberst Rastow über Berlin nach Spaa begeben, um mit dem dort weilenden französischen Komitee zu verhandeln.

Befegung Kiels und Bremens durch die Engländer?

Ein Rotterdammer Telegramm am 23. November meldet: Gestern früh sind die Vorhutboote der englischen Flotte nach Kiel gedampft, darunter drei Minenleger, die nach Rendsburg gehen, um die Fahrtrinne bei Alsenhörd nach der Kieler Bucht für die großen Kriegsschiffe frei zu machen, die unter dem Befehl des Admirals Montague Browning sich in der Kieler Bucht überzogen wollen, daß die dort liegende deutsche Flotte entsprechend abgerüstet wird.

Auch von englischen Absichten einer Befegung Bremens wird berichtet. Die Nachricht, die der „Verl. Volks-Anzeiger“ darüber bringt, ist indessen so unklar und widerspruchsvoll, daß man wohl annehmen darf, daß es sich um ein wildes Gerücht handelt oder — wahrscheinlicher noch — um eine plumpe Maché, mit dem Zweck, gegen die „bolschewistische Strömung“ in der bremischen Arbeiterkassette mobil machen soll; wird doch angedeutet, daß sie für die englischen Absichten bestimmend sein solle. Man wird also gut tun, dieser Nachricht gegenüber Skepsis zu bewahren.

Lord Cecil über die Friedensbedingungen.

London, 26. November. Lord Robert Cecil hat gestern in Hitchin (Grafschaft Hertford) über die Friedensbedingungen gesprochen und betont, daß diejenigen, die an den im Kriege begangenen „Verbrechen“ schuldig seien, bestraft werden müßten. Besonders diejenigen, die an Verhandlungen und Grausamkeiten gegen hilflose Kriegsgefangene schuld seien, müßten die schwere Hand der internationalen Rechtspflege zu fühlen bekommen; die Befragung internationaler Verbrechen“ sei die Grundlage des ganzen Begriffs eines Völkerverbundes. Ein Völkerverbund, der sein Dasein nicht mit dem Drängen auf Verfassung derjenigen, die „internationaler Verbrechen“ schuldig seien, begänne, würde ein Ablet Scherz sein.

Dem Gegensatz zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer müsse ein Ende gemacht werden; die Arbeiter müßten enge Fühlung mit dem Unternehmen haben, in dem sie beschäftigt seien.

Auf Fragen wegen der Blockade gab Cecil zu, daß dabei Fehler gemacht worden seien, aber im allgemeinen sei dies Verfahren richtig gewesen, und keine Blockade der Weltgeschichte sei wirksamer gewesen, als diese.

Gegen die tschechischen Uebergänge.

Wien, 26. November. Der Staatssekretär für Außenbeziehungen richtete an den Gesandten der tschecho-slowakischen Republik Tuzar eine Protestnote gegen die Eingriffe der Tschecho-Slowaken in deutschen Siedlungsgebieten. Die Note nimmt zunächst zur Kenntnis, daß eine militärische Befegung Deutsch-Böhmens von den Tschecho-Slowaken nicht geplant sei. Sie verweist jedoch auf eine Reihe von Vorfällen in Städten in Nordböhmen Mähren und Schlesien, die nicht nur mit diesen Vorfällen in direktem Widerspruch stehen, sondern auch eine flagrante Verletzung aller Grundzüge des Völkervertrages und der Menschlichkeit bedeuten.

Deutsche Städte und Orte werden von den Tschecho-Slowaken gewaltsam besetzt. Diese Bewegung bewaffneter Truppen scheint sich nacheinander auf alle deutschen Gebenden auszuweiten. Wo an das tschechische Siedlungsgebiet angrenzen, überall, wo tschecho-slowakische Truppen einrücken, werden die behördlichen Organe der deutschösterreichischen Republik zum Treueid gegenüber dem tschecho-slowakischen Staat angehalten und mit Anklagen wegen Hochverrats bedroht. Die Note wendet sich ferner gegen Beschlagnahme und Plünderung von Hab und Gut der Bevölkerung, sowie gegen die gewaltsame Verhinderung der Ausreise von Böhmen-Slowakei nach Wien.

Schließlich heißt es: Die deutsch-österreichische Regierung wagt gegen dieses Vorgehen vor der gesamten zivilisierten Welt nachdrücklich Verwahrung einzulegen. Die Fragen der Gebietsfrage über strittige Gebiete sind dem Friedenskonferenz vorbehalten. Es wird, wo dies notwendig ist, das Volk durch freie und unbeeinflusste Abstimmung entscheiden lassen. Bis dahin möge die Friede und Gerechtigkeit aller Staaten jeden Grenzstreit vermeiden.

Henry Guilbeaug in der Schweiz verhaftet.

Genf, 26. November. Henri Guilbeaug, der Herausgeber der Zeitschrift „Demain“, dem die Sowjetregierung kürzlich den Titel eines russischen Bürgers verliehen hat, ist auf dem Bahnhof von Karloitz, auf den Befehl des Oberstaatsanwalts der Bundesstaaten verhaftet worden. Seine Koffer wurden beschlagnahmt; sie enthielten eine große Anzahl Broschüren, Streitschriften und Manuskripte. Am Donnerstag und am Freitag ist man in Lausanne zu der Verhaftung von 15 russischen Bolschewisten geschritten, die bereits Herrn Calama, dem Untersuchungsrichter, der mit der Aufhebung der bolschewistischen russischen Umtriebe in der Schweiz beauftragt ist, vorgeführt wurden.

Groß-Berlin.

Empfang der heimkehrenden Truppen in Charlottenburg.

Charlottenburg hat sich für die Unterbringung und die Verpflegung der durchreisenden und nach Charlottenburg zurückkehrenden Soldaten gerüstet. Unterkunft wird von Truppen in erster Linie in den zu diesem Zweck freigemachten 25 Schulen mit 8000 Lagerstätten geboten. Dazu treten die Privatquartiere, von denen bisher über 1000 dem Magistrat angemeldet sind. Es ist wahrscheinlich, daß noch weitere Meldungen erfolgen. Für Privatquartiere wird eine Vergütung von 2 Mark für den Tag bezahlt. Außerdem sind Säle und Läden für die Unterbringung der Krieger vorbereitet; in den Hotels und Gastwirtschaften ist die Hälfte der Betten vorbehalten. Als letzte Reserve bleiben für die Unterbringung noch die Kirchen übrig.

In gleicher umfassender Weise ist für die Verpflegung der heimkehrenden Soldaten vorgesorgt. Auf dem Bahnhof Zoologischer Garten wird in der Erfrischungshalle auf dem Bahnhofsplatz Suppe und Brot verabreicht. Am Bahnhof Charlottenburg ist unmittelbar am Bahnhof eine Verpflegungsstelle errichtet, die von der städtischen Massenverpflegung betrieben wird. In unmittelbarer Nähe des Bahnhofes in der Subellstraße und in der Kaiser-Friedrich-Straße sind zwei weitere von der Massenverpflegung eingerichtet. Die in Privatquartieren untergebrachten Soldaten erhalten ihre Verpflegung in der nächsten Speisungshalle.

Umfassende Maßnahmen sind auch im Interesse der Gesundheitspflege getroffen. Sämtliche in Privatquartieren geleagte Soldaten werden vorher in der städtischen Volksbadanstalt entlausen und ärztlich untersucht, um der Verbreitung ansteckender Krankheiten vorzubeugen. Sie erhalten, bevor sie in Bürgerquartiere gehen, dort einen Gesundheitschein. Weitergehende Maßnahmen in dieser Richtung sind in Vorbereitung.

Die Brotversorgung in Groß-Berlin.

Seit Wochen haben Verhandlungen mit Vertretern der Arbeiter und mit den Coronien stattgefunden über die Aufhebung der Zusatzbrotskarten für Schwer- und Schwerarbeiter. Das ist nunmehr geschehen. Dafür soll allgemein die Wochenmenge vom 2. Dezember ab auf 350 Gramm festgesetzt werden. Diese Umgestaltung der Brotversorgung dürfte den mit der Ausgabe der Zusatzbrotskarten betrauten behördlichen Stellen viel Arbeit ersparen. Zunächst behalten die für die Zeit nach dem 1. Dezember ausgegebenen Brotscheine ihre Gültigkeit; die über 200 Gramm lautenden Abschnitte werden, wie noch des näheren bekanntgegeben wird, für 250 Gramm angenommen. Vom gleichen Zeitpunkt ab wird die auf Reichsbrotmarken entfallende Tagesbrotmenge 300 Gramm betragen. Wird eine Meße vor dem 2. Dezember angezogen und beht sich über diesen Zeitpunkt aus, so erhält der Reisende für die Zeit bis 1. Dezember einschließlich fünf, für die spätere Zeit täglich sechs Reichsbrotmarken.

Eine Erklärung des Frontsoldatenrates.

Frontsoldaten! Es ist versucht worden, die Einberufung der Frontsoldatenversammlung und die Gründung eines Frontsoldatenrates als eine Aktion der Sozialistengruppe darzustellen. Wir legen den schärfsten Protest gegen eine solche Darstellung ein. Die Aufgabe des Frontsoldatenrates besteht lediglich in der Vertretung der Interessen aller hier durchreisenden oder sich aufhaltenden Frontsoldaten.

Der Frontsoldatenrat
L. A. Bösch, Stengelreit.

Ein unglücklicher Vorgang. Aus Spandau wird berichtet, daß von einer bewaffneten Gruppe von Roten und Soldaten beschuldigt wurde, sich durch einen Handstreich in den Besitz von 500 Maschinengewehren zu setzen. Es wurde der dortigen Gewehrfabrik telefonisch angekündigt, daß zwei Lastwagen kommen und für die Kommandantur 500 Maschinengewehre abholen würden. Der Direktor hegte Bedenken, er erkundigte sich bei der Kommandantur Berlin und Spandau und erhielt die Auskunft, daß von dort die Bestellung nicht aufgegeben worden sei. Die Kommandantur Spandau schickte daraufhin Militär nach der Fabrik, um eine etwaige gewaltsame Aneignung der Maschinengewehre zu verhindern. Doch bevor das Militär eintraf, waren schon zwei bewaffnete Autos zur Stelle und forderten gebieterisch die Herausgabe der Maschinengewehre. Ein plötzlich auftauchender Radfahrer soll dann die Anweisung gebracht haben, von dem Vorhaben Abstand zu nehmen. Die Autos zogen daraufhin unbedrückter Sache ab. Der Vorgang bedarf noch näherer Klärung.

Die gegen „Die Freiheit“ geschickten Briefe! In einer Versammlung von Zeitungsträgern, die dieser Tage im Gewerkschaftsgebäude stattfand, wurde — wie uns von glaubwürdiger Seite mitgeteilt wird — vor den Anhängern der Zeitung „Die Freiheit“ gewarnt: Dieselbe solle keinen langen Bestand haben. Bei diesem Worte ist jedoch der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen. Wir können aber Freunden und Feinden die Versicherung geben, daß der Bestand der „Freiheit“ völlig gesichert ist. Unsere Freunde aber werden gut tun, angesichts solcher Warnungen mit doppeltem Eifer für „Die Freiheit“ einzutreten.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Charlottenburg hat der städtische Demobilisationsausschuß umfassende Maßnahmen beschlossen. Alle während des Krieges zurückgelassenen und als fertiggemachten Pläne, Instandsetzungs-, Kostens- und sonstige Arbeiten, die zur Erweiterung des Arbeitsmarktes dienen können, werden sofort in Angriff genommen, insbesondere Schulbauten und andere öffentliche Bauten, Anlagen von Plätzen, Reviderung von Straßen, Parkarbeiten usw. Es handelt sich

